

Peter Schyga

Die Formierung des „Rechtsextremismus der Mitte“ im Weimar der Weltwirtschaftskrise

Vortrag gehalten am 16. Juni 2011 in Wolfenbüttel im Rahmen des Begleitprogramms zur Ausstellung „Harzburger Front – im Gleichschritt zur Diktatur“ vom 12.05 bis 04.07.2011 auf Einladung von Kulturstadt Wolfenbüttel e.V.

„Rechtsextremismus der Mitte“ lautet der Titel meines heutigen Vortrags. Eine historische Einordnung, also das wann und wo, dieses in drei Worten beschriebenen gesellschaftspolitischen Befundes lässt er erst einmal außen vor.

Die Vortragsüberschrift zitiert eine aktuelle Studie der *Friedrich-Ebert-Stiftung* zum Rechtsextremismus und sie fasst die Quintessenz von zeitgenössischen Forschungsergebnissen und publizistischen Wortmeldungen zur NS-Bewegung in der Republik von Weimar zusammen. Beides wird Thema meiner Ausführungen sein. Der Schwerpunkt liegt dabei natürlich auf der Geschichte der Jahre 1930 bis 1933 und hier bei dem Versuch, den Prozess der Formierung der NS-Bewegung näher nachzuzeichnen. Dies ist sowieso ein Projekt unserer Ausstellung zur Harzburger Front mit offenem Ende.

Warum mir eine Verlinkung von Vergangenheit und Gegenwart im Interesse von Erkenntnisgewinn sinnvoll erscheint, werden meine Ausführungen darlegen. Sie sind gewissermaßen auch ein Experiment, Ihnen Teile der gesellschaftswissenschaftlichen Welt von Weimar näher zu bringen, die ich für ein Gegenwartsverständnis für nützlich halte – bei allen notwendigen rückblickenden Einschränkungen und manch inhaltlicher sowie methodischer Kritik. Beider werde ich mich enthalten – wir können in der anschließenden Aussprache dazu kommen.

Die kleinen Forschungsdesiderate, die wir im Rahmen der Begleitprogramme, der Vorträge und kulturellen Darbietungen unserer Ausstellung zur Harzburger Front der interessierten Öffentlichkeit anbieten, führen uns immer wieder zurück in die Forschung und Publizistik jener Zeit. Dabei sind wir geleitet von der Frage nach dem, was warum eben dieses zu erklären. Was hat sich im Lokalen und Regionalen zugetragen – auf Seiten der Täter, der Zuschauer der Opfer. Was waren ihre Taten, Motive, Antriebskräfte für ihr jeweiliges Tun oder Lassen? Wie war die

Stimmungslage, welche Hoffnungen und Erwartungen hegten Menschen der damaligen Zeit? Wir greifen zurück auf Beobachtungen, Analysen, auch auf formulierte Ängste oder Hoffnungen der Zeitgenossen, um uns dem Warum – der zentralen Frage begreifender Geschichtswissenschaft zu nähern.

Manch erhellende Wiederentdeckung ist im Schrifttum der damaligen Zeit zu finden. Eine möchte ich Ihnen heute näher bringen: die Forschungen des Soziologen Theodor Geiger. Dies aus mehreren Gründen: Geiger war teilhabender politisch aktiver Zeitgenosse und Forscher der noch ziemlich neuen und suchenden Wissenschaft Soziologie. Und er war ein Neuerer in seinem Fach, denn er befasste sich nicht nur mit den soziografisch zu erfassenden Daten für seine gesellschaftlicher Analyse. Er bewegte sich zudem – mit ähnlichen Motiven aber formulierter Distanz zu Versuchen der damaligen Sozialpsychologie im Umfeld des Instituts für Sozialforschung – in teilnehmender Beobachtung, um Mentalitäten und Einstellungen gesellschaftlicher Gruppen und Schichten zu erfassen, Einstellungen, die sich in der Politik und im Politischen ausdrücken.

Und nicht zuletzt: er lehrte und forschte an der TU Braunschweig, beobachtete die Menschen dieser Region genau. Ich dachte mir, dieser regionale Bezug könnte sie interessieren und zum Zuhören motivieren.

Gesellschaftliche Veränderungen

Die soziale und politische Situation in Weimar verlangte nach innovativen Ansätzen, um die Zeit und ihre Menschen verstehen zu können. Verstehen, um politisch klug handeln zu können. Die gesellschaftliche Differenzierung war fortgeschritten. Bewegliche Menschenmassen prägten das Bild der Städte mit ihren Pendlerströmen von den Wohnkasernen zur Fabrik und zurück. Neue Medien erreichten mit ihren Botschaften von Information, Unterhaltung und auch Propaganda fast alle Bevölkerungskreise. Das Verhältnis zwischen Stadt und Land veränderte sich durch Mobilitäts- und Kommunikationsmöglichkeiten. Das Land änderte sich durch zunehmende Kapitalisierung im Zuge verstärkter Weltmarktintegration. Das Fabrikssystem hatte sich mit dem tayloristischen Fordismus entscheidend gewandelt. Fließband und Massenproduktion veränderten die Arbeitsbeziehungen in der Industriearbeiterschaft. Eine neue Schicht dienstleistender Angestellter in Verwaltung

und Distribution breitete sich aus. Frauen drängten in den neuen Kaufhäusern, den Kontoren und Büros auf den Arbeitsmarkt. Sie waren nun eine eigenständige soziale und mit dem Wahlrecht seit 1918 auch politische Kraft geworden.

In Weimar lebende Menschen waren in großen Teilen im Kaiserreich aufgewachsen. Doch die Gesellschaft war eine andere geworden. Die noch in der Kaiserzeit als gültig angenommene soziale und politische Dreiteilung der Gesellschaft differenzierte sich. Dort gab es die staatstragende und Gesellschaft beherrschende Kapitalistenklasse und ihr adeliges Pendant, die Besitzer der Produktionsmittel, Herren über das Finanzwesen, Grund und Boden und Statthalter staatlichen Gewaltmonopols. Ihnen gegenüber stand die besitzlose, politischer Rechte weitgehend beraubter und deshalb revolutionäre, zumindest auf soziale Reformen und Demokratie drängende Arbeiterklasse. Daneben existierten die Mittelschichten des Gewerbes und Handels, der kulturellen, wissenschaftlichen und persönlichen Dienstleistungen, die in monarchischem Untertanengeist um ihren politischen und sozialen Status rangen.

Ich weiß, dies ist grob gezeichnet, doch feststellen kann man es trotzdem. Zugleich sollte im Bewusstsein bleiben: Die Zeit des Deutschen Reichs nach 1871 war kein bleibender Stillstand, sondern ist eine ungeheuer dynamische Periode ökonomischen und sozialen Wandels gewesen. Von der Reichsgründung bis zum 1. Weltkrieg stürmte das Land in seinem ökonomischen Potential vom Underdog unter die großen Vier der Weltwirtschaft. Doch diese Dynamik war politisch gefesselt: im Innern als Klassenkampf von oben, nach außen in Kolonialpolitik und imperialistischem Expansionsdrang. Die gesellschaftliche Dynamik konnte sich erst mit der formellen politischen Freiheit und den gesellschaftlichen Errungenschaften nach der Revolution von 1918 entfalten.

Sie konnte destruktiv wirken oder durch kluge Politik in konstruktive Bahnen gelenkt werden. So hieß retrospektiv die Weichenstellung im Deutschland der Nachkriegszeit. Es ging darum, politische Freiheit in wirkende Tat umzusetzen. Darauf mussten sich alle politischen Kräfte des Landes einstellen und das in hoch unbehaglichen Zeiten:

In weiten Kreisen wurde die Kriegsniederlage als nationale, auch das eigene Ego ankratzende Demütigung empfunden, der Friedensvertrag von Versailles erst recht. Freikorpsterror, Fememorde und Putschversuche schienen Politik zu ersetzen. Materielle Not demoralisierte. Die Protagonisten der Republik, also die

Sozialdemokratie, die Gewerkschaften und die bürgerlichen Parteien von Zentrum, DVP und DDP waren aufgefordert, den zentrifugalen, die Republik bedrohenden sozialen Verwerfungen und politischen Friktionen entgegenzutreten. Was sich im Krieg mit der Massenbewegung der „Vaterlandspartei“ schon angedeutet hatte, sich 1918/19 in den großen so genannten nationalen Verbänden wie Stahlhelm, Alldeutscher Verband etc. in gewisser Weise fortsetzte, schien nun zu Beginn der 30er Jahre einen neuen Schub zu bekommen: Bislang schweigende, höchstens murrende gesellschaftliche Kräfte verschafften sich Aufmerksamkeit und politisches Gewicht.

Der große Zeitgeschichtsschreiber Arthur Rosenberg, vom Fach Althistoriker, kritischer Zeitgenosse, Politiker der USPD, dann der KPD bis zu seinem Austritt 1927¹, schrieb in seinem Buch *Die Geschichte der Weimarer Republik*:

„In den Jahren 1924 bis 1928 haben die deutschen Mittelklassen, ebenso die Angestellten und Beamten, die den bürgerlichen Parteien angehörten, sich im Allgemeinen die Republik gefallen lassen. Sie hatten nichts gegen die Weimarer Republik, solange in Deutschland unter dieser Staatsform Ruhe und Frieden herrschten und man einigermaßen den Lebensunterhalt verdienen konnte. Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen behielten im Allgemeinen die Stimmen ihrer Wähler, auch wenn sie im Parlament für Regierungskoalitionen und den Dawesplan eingetreten waren. Damit waren jedoch die deutschen Mittelschichten ebenso wenig wie die Kapitalisten zu überzeugten Anhängern der Demokratie und der Republik geworden. Bei jeder ernsten Krise waren sie bereit, der demokratischen Republik den Rücken zu kehren.“²

Die Mittelschichten setzten sich politisch von der Einfügung ins Bestehende ab und sammelten sich in einer Bewegung seiner Negation. Der Mittelstand, die Mittelschicht, die Mittelklassen, wie immer wir die wachsenden Teile der Bevölkerung bezeichnen, die zwischen beiden Hauptklassen standen, wollten sich nun zunehmend weder Weimar noch eine Republik überhaupt „gefallen lassen“, wie es Rosenberg so trefflich formulierte. Die Wahlergebnisse der Jahre nach 1928 geben über diesen Bruch in den politisch artikulierten Einstellungen Aufschluss: Die NSDAP erhielt bei den Reichstagswahlen v. 14. September 1930 18,3 % der Stimmen, sie saß mit 107 Abgeordneten im Reichstag. Die Stimmen und- Abgeordnetenzahl der DNVP hatte sich fast halbiert (7,0%, 41 Abgeordnete). Am 10. April 1932 stimmten 36,8% der

Wählerinnen und Wähler gegen die Ikone deutscher Herrlichkeit, Hindenburg, für einen Reichspräsidenten Hitler und ein Jahr später bei den Wahlen zum 6. Reichstag gaben ihm 37,3% der Wahlbevölkerung die Stimme. Das waren 13,75 Millionen Menschen, zusammen mit den 2,17 Millionen DNVP-Wählern also fast 15 Millionen bei 37 Millionen abgegebenen Stimmen. Nur 4 Jahre zuvor, bei den Reichstagswahlen im September 1928, hatte die Hitlerpartei etwas über 810.000 Stimmen erzielt, die DNVP 4,4 Millionen.

Diese dramatische politische Entwicklung suchte man damals zu erklären, ihren sozialen Wurzeln – so es diese geben sollte – auf die Spur zu kommen. Denn es galt gerade auf Seiten der demokratischen Arbeiterbewegung und der anderen Republikaner, diesem antidemokratischen, autoritätsfixiertem und zunehmend gewalttätigem Treiben wirkungsvoll entgegen zu treten, um Republik und Demokratie zu sichern. Die Sozialwissenschaft der Weimarer Zeit war dem grau- oder weißgekittelten deutschen Michel auf der Spur. Theodor Geiger schrieb in einem 1930 veröffentlichten Aufsatz zur Analyse des „alten“ und „neuen Mittelstandes“ von beiden Teilen als dem „gesegneten Boden ideologischer Verwirrung“, der sich aus der drohenden Abstiegs Erfahrung von der Mitte in die Armut speiste. Er erkannte, dass „die falsche Scham über den Abstieg sich oft genug in Hass und Verachtung äußert“³, denn, wie ein anderer berühmter Soziologe, Georg Simmel, schon 1908 erkannt hatte: „Der Mittelstand allein hat eine obere und untere Grenze, und zwar derart, dass er fortwährend sowohl von dem oberen wie von dem unteren Stand Individuen aufnimmt und an beide solche abgibt.“⁴ Er hofft auf den Aufstieg und fühlt sich ständig vom Abstieg bedroht.

Theodor Geiger hat sich seine Erkenntnisse nicht aus den Fingern gesogen oder dem Augenschein nach geurteilt. Auf eine bedeutende Arbeit, die 1932 erschienene Untersuchung „Die soziale Schichtung des deutschen Volkes“,⁵ will ich mich heute konkret beziehen, seine 1926 erschienene Schrift „Die Masse und ihre Aktion“⁶, in der er die Bewegungsenergien von Gruppen als „Massenerscheinung“ untersuchte, im Hinterkopf behalten. Geiger wurde 1928 an die TU Braunschweig gebeten. Diese Berufung war ein bewusster Akt der neuen sozialdemokratischen Landesregierung, das Bildungswesen von Grund auf zu reformieren. Zu diesem Vorhaben gehörte auch, politisch nahestehende Wissenschaftler, von denen es in Weimar nicht allzu viele gab,

an die Hochschule zu holen. Geiger, geboren 1891, hatte die Revolution aktiv miterlebt, die Zerschlagung der Münchner Räterepublik hautnah erfahren. Er fühlte sich dem republikanisch-sozialdemokratischen Milieu verbunden. Er war sich bewusst, dass die Anforderung an die Wertfreiheit seiner wissenschaftlichen Tätigkeit immer mit den persönlichen Erfahrungen und dem Miterleben als politischer Mensch als Bürger eines Gemeinwesens korrespondierte.

Braunschweig wurde unvermutet zu einem Springquell seiner Forschung. Denn hier, in einem ab 1927 sozialdemokratischen Musterland, in einem Soziotop, das idealtypisch für das soziale Gefüge und die politische Entwicklung des Reichs anmutete, entwickelte sich die nationalsozialistische Bewegung in atemberaubendem Tempo. Seine Forschungen um den Zusammenhang zwischen dem Klassen- bzw. Schichtendasein von gesellschaftlichen Gruppen und ihren sich in Habitus und politischem Handeln ausdrückenden Mentalitäten fanden hier ihre zwei Pole von Erkenntnis: Basis seines „soziographischen Versuchs auf statistischer Grundlage“ – so der Untertitel seiner Studie – bildeten die Daten und Fakten über die Veränderungen der Sozialstruktur, entnommen der damals neuesten Erwerbsstatistik von 1925. Interpretieren konnte er dies Material auf der Grundlage genauer Beobachtung seines nahen gesellschaftlichen Umfelds.

Der Freistaat Braunschweig

Zu diesem Umfeld lassen Sie mich einige Worte sagen:

Mit 46,2% der Stimmen bei der Landtagswahl vom 27. November 1927 errang die SPD 24 von 48 zu vergebenen Mandaten. Ohne parlamentarische Mehrheit, auf punktuelle Unterstützung der DDP (2 Sitze) oder auch der KPD (2) Sitze setzend, wurde Heinrich Jasper am 14. Dezember 1927 mit Unterstützung der beiden KPD-Abgeordneten Paul Gmeiner und Ernst Winter zum Ministerpräsidenten gewählt. Gleichzeitig übernahm er die Verantwortung für das Finanzressort. Gustav Steinbrecher (Inneres und Arbeit) und Hans Sievers (Volksbildung, Justiz) standen ihm als Minister für das operative Geschäft der Exekutive zur Seite. Braunschweig hatte als einziges Land im deutschen Reich zu dieser Zeit eine sozialdemokratische Alleinregierung. Bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 konnte die Reichs-SPD zwar ihre desaströsen Ergebnisse der zwei Wahlgänge von 1924 (4.5. u. 7.12.)

einigermaßen wettmachen, aber die wahlerfolgreichen Jahre der Revolutionszeit waren vorbei. 29,8 % erhielt die SPD reichsweit. Da waren die 45,6% im Reichstagswahlkreis Südhannover-Braunschweig einsame Spitze. Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, dass die KPD, die im linken Lager Konkurrenz bildete, mit 3,5% der Stimmen in Südhannover-Braunschweig marginalisiert war. Reichsweit erreichte sie 10,6 Prozent, nur in Franken und Niederbayern schnitt sie schlechter ab als in Braunschweig.⁷

Auf die spezifischen Gründe für den sozialdemokratischen Erfolg kann ich hier nicht näher eingehen; er hängt aber mit der besonderen Geschichte der Vereinigung von SPD und USDP in den Nachrevolutionsjahren zusammen. Nur soviel sei angemerkt: Hier trat de facto die SPD der USDP, die doppelt so viele Mitglieder hatte, bei – in fast allen Teilen Deutschlands war dies umgekehrt. Die Partei des Jahres 1927 war keine radikal andere als zum Zeitpunkt der Vereinigung, ihre radikal-reformistische Linke hatte immer noch erheblichen Einfluss. Diese hatte ihre feste Verankerung in der Arbeiterschaft nicht verloren, während der reformerisch-parlamentarische Flügel, zu dem Heinrich Jasper zählte, durch seine sachlich-pragmatische Politik in Regierung 1922-1924 und Opposition bis 1927 überzeugend auch für Wählerschichten an der Peripherie der bürgerlichen Mittelschichten wirkte. Die SPD stellte sich 1927 als pragmatische Linke mit staatstragender Kompetenz dar, und das nahmen ihr die Wählerinnen und Wähler eben zu dieser Zeit ab.

Die SPD habe sich „daran(ge)macht, Braunschweig zum sozialistischen Musterland der deutschen Republik auszubauen“, wie Bernd Rother, der Biograph der Braunschweigischen Sozialdemokratie von Weimar, unter Berufung auf die Zeitgenossen meinte.⁸ Unter Ministerpräsident Heinrich Jasper standen die Reform des Bildungswesens, die Republikanisierung des Staatsapparats und die Konsolidierung der Länder- und Gemeindefinanzen ganz oben auf der Agenda des politischen Handelns. Im Wahlkampf 1927 war es unter Einsatz moderner Propagandamethoden gelungen, diese Botschaft unters Volk zu bringen und Bevölkerungskreise außerhalb der bewegten Arbeiterschaft für die Jaspersche SPD-Politik zu gewinnen. Doch es gelang der Partei nicht, *massiv* in neue, nicht proletarische Kreise der Bevölkerung vorzudringen.

Obwohl die Reformen seit 1927/28 eher kleinteilig, fast immer auf Kompromiss bedacht angeschoben wurden, setzten die politischen Gegner im Parlament, auf der Straße, in Redaktionen und politischen Klubs auf Fundamentalopposition. Und sie hatten durchschlagenden Erfolg. Bei den Septemberwahlen 1930 überflügelte die NSDAP ihr Ergebnis von 1927 mit über 67.000 Stimmen um das 6-fache. Sie kam auf 22,2 % der Wählerstimmen und erhöhte ihre Präsenz im Landtag von einem auf 9 Mandate. Die *Bürgerliche Einheitsliste*, hervorgegangen aus Wahlvereinigungen zur Sicherung unterschiedlicher Besitzstände, erzielte knapp 80.000, die letzten bürgerlichen Demokraten der DDP noch 9.200 Stimmen. Die SPD konnte ihr Rekordergebnis von 1927 nicht halten, kam aber dennoch auf für Weimarer Verhältnisse beachtliche 41 % gleich 125.000 Stimmen. Dafür gab es 17 Sitze im Landtag. Die *bürgerliche Einheitsliste* bildete zusammen mit der NSDAP eine Koalitionsregierung.

Die SPD mochte ihre Niederlage nicht richtig einsehen, besser: sie verstand nicht, was vor sich gegangen war – übrigens in einigen Teilen bis heute nicht: „Insgesamt war das Wahlergebnis im Land Braunschweig weniger eine Niederlage der SPD als vielmehr ein Sieg der NSDAP,“⁹ urteilt Martin Grubert, Rother zitierend, der sich auf die Zeitgenossen bezieht, jüngst in seiner Biografie zu Heinrich Jasper und fügt hinzu: „Zwischen beiden politischen Lagern gab es keine großen Verschiebungen, die wirklich großen Veränderungen vollzogen sich innerhalb des rechten Lagers mit dem rasanten Aufstieg der NSDAP mit großen Stimmengewinnen bis weit in alle Teile des Bürgertums.“¹⁰ Von politischer Klugheit zeugt solch eine Einschätzung nicht. Sie kommt einem vor wie das Pfeifen im Walde angesichts realer Furcht.

Wenn eine Partei wie die NSDAP, die offen die Republik abschaffen, die Macht der Arbeiterbewegung zerschlagen wollte und die Gewalt als legitimes Recht und Mittel von Politik propagierte, binnen nicht einmal drei Jahren eine solche Wahlanhängerschaft mobilisieren konnte, hätten alle Alarmglocken schrillen müssen. Wenn dann im Zuge der Regierungsbildung auch für Braunschweig deutlich wurde, dass die bürgerlichen Kräfte nicht den geringsten Berührungsscham gegenüber den auf Gesetz- und Verfassungsbruch geeichten Nationalsozialisten empfanden, dann zeigte sich zweierlei: Die „Verschiebungen“ im so genannten rechten Lager hatten eine neue Qualität bekommen – bürgerliche Demokraten waren nämlich praktisch verschwunden

und damit langjährige Bündnispartner der Sozialdemokratie. Die „Verschiebung“ im bürgerlichen Lager hat damit die Kräfteverhältnisse zwischen den Lagern rechts und links *fundamental* geändert. Fundamental deshalb, weil der neue Rechtsextremismus nicht eine andere Republik wollte, sondern gar keine. Stattdessen eine besonders autoritäre Form von Herrschaft.

Das konnte man damals wissen. Heute erst recht. Welch vernichtenden Totalitarismus eine Herrschaft der NSDAP hervorbringen würde, konnte 1930 keiner wissen oder auch nur erahnen. Aus dem Wissen-Können ergab sich damals eine entscheidende Frage: Wie konnte es in solch kurzer Zeit zu dieser manifesten Explosion republikfeindlicher, brandgefährlicher militanter Kräfte kommen? Einer Antwort war Geiger auf der Spur.

Die NSDAP in Braunschweig hat neue, bislang wahlabstinente Menschen, insbesondere Frauen mobilisieren können. Die Wahlbeteiligung lag bei über 90% im Unterschied zu 76% im Jahr 1927. Ihr WählerInnenanteil erhöhte sich wie schon erwähnt von 3,7% auf 22,2 bei den Landtagswahlen und stieg dann nochmals auf 26,7% bei den Reichstagswahlen – weit über den Reichsdurchschnitt von 18,3%. Nach Geigers Untersuchungen vom Beginn der 30er Jahre haben diese Verschiebungen viel mit den Veränderungen in den Klassenverhältnissen und den schichtenspezifischen Mentalitäten zu tun. Ich kann hier seine umfassende statistische Sozialanalyse natürlich nicht referieren, nur ein wesentliches Ergebnis sei genannt:

Geiger unterschied: „Oberschicht (Kapitalisten)“ mit einem Bevölkerungsanteil von 0,92 %. Die „Mittelschicht“ unterteilte er in „alten Mittelstand (17,77 %) und neuen Mittelstand (17,95 %)“, das „Kleinbürgertum“ nannte er „Proletaroiden 12,65 %“. und die „Unterschicht, das Proletariat“ machte er 50,71 % der Bevölkerung aus.¹¹ Die Mittelschicht zählte also etwa die Hälfte der Bevölkerung. In seinem „soziographischen Versuch“, wie er seine Studie nannte, betrachtete er die sozialen Schichtungen viel differenzierter als hier angedeutet. Er ging den unterschiedlichen Einkommens- bzw. Reproduktionsquellen nach: Nebenerwerbsbauern, Bergleute mit Deputat, Arbeiter mit eigener Kleinlandwirtschaft, Tagelöhner mit kleiner Werkstatt, Handwerker mit Verlagsverträgen, auch Dauererwerbslose oder heruntergekommene Bohemiens und viele mehr gehörten zu seinem Bild der Binnendifferenzierung des neuen Klassengebildes. Deren unterschiedliche Mentalitäten suchte er zu erfassen, um

Typisierungen vorzunehmen. Er kam zu dem Schluss, der sich fast versteckt, in einem 13-seitigen Exkurs mit der Überschrift „Die Mittelstände im Zeichen des Nationalsozialismus“ findet, in den seine Sozialstudie mündet.

„Kurzum: wo die Frage nach der gegenwärtigen sozialen Schichtung des deutschen Volkes aufgeworfen wird, richtet sich heute mit Grund das Hauptinteresse nicht mehr nach links, sondern auf die Mitte. Das Problem des sogenannten Mittelstandes ist aber gegenwärtig untrennbar mit dem Problem des Nationalsozialismus verquickt.“¹²

1927 waren die Angehörigen dieser Schicht politisch im lokalen und regionalen Raum noch weitgehend an kleinteilige, ökonomisch bestimmte Partikularinteressenverbände gebunden. Wenige wählten die Sozialdemokratie, manche übten politische Enthaltensamkeit. Neben den reichsweiten Parteien DNVP, DVP oder DDP hießen die Verbände für Spezialinteressen in Braunschweig wie in vielen anderen Orten des Reichs in der Zeit von etwa 1924 bis 1930: Wirtschaftliche Einheitsliste, Partei der Haus- und Grundbesitzer, Bürgerpartei, Mittelstandpartei etc. Bei den Reichstagswahlen wählten deren Anhänger Zentrum, wenn sie konfessionell gebunden waren, DNVP, wenn sie ihre Ablehnung der Republik zum Ausdruck bringen wollten, DVP und DDP, wenn sie sich mit der Republik arrangiert hatten, NSDAP oder völkische Sekten, wenn sie „System“feindschaft ausdrücken wollten.

Diese breite Mittelschicht war ökonomisch eine ziemlich diffuse soziologische Kategorie, wie eben angedeutet. Der Universitätsprofessor, Schullehrer, Beamte, Redakteur oder Pfarrer zählte zu diesem Kreis ebenso wie der kleine Unternehmer und Gewerbetreibende, Kleinbauer und Landwirt, ebenso wie der Händler und Handwerker, der Handlungsgehilfe oder der auf Aufstieg geeichte gewerkschaftlich oder nicht organisierte Arbeiter – auch, und das soll in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden, so mancher Gewerkschaftsbeamter.

Die spezifischen normativen und ordnungspolitischen Vorstellungen in der so sehr amorphen Mitte über die Gesellschaft und von sich selbst bleiben eng an das Bestehende gebunden – wenn dies in ihren Augen funktioniert. Sie sind ebenso stark beeinflusst von dem Gedanken an die „gute alte Zeit“. Die war noch gar nicht so lange her und ob sie gut war, mag dahin gestellt sein.

„Vor 50, 60 Jahren noch ausschlaggebende Macht in der damaligen Gesellschaft, ist der Mittelstand der gewerblich Selbständigen der Zahl nach und noch viel mehr in

seiner gesellschaftsdynamischen Bedeutung abgefallen. Diese Geltungseinbuße scheint mir – bewusstermaßen oder im psychischen Untergrund – sehr viel mehr als die wirtschaftliche Bedrängnis die nervöse Gereiztheit des Besitzmittelstands zu motivieren. Der relative Schwund seines sozialen Gewichts und Prestiges drückt den werbenden Mittelstand gar sehr und lässt ihn seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch schwärzer sehen, als sie sind. ... Die allgemeine wirtschaftliche Existenznot aller Volksschichten trifft bei ihm mit dem seit langem hoffnungslos getragenen Schmerz über den Verlust seiner gesellschaftlichen Position zusammen.“¹³

So Geigers Beobachtung über einen Teil dieses so genannten Mittelstandes. Und er fasst zusammen: „Je heftiger das mittlere und kleine Eigentum bedroht ist – durch Wirtschaftskrisis oder dadurch, dass die Expansion des Großkapitals den Kleinbesitz an Produktionsmitteln in der Hand des Eigentümers entwertet – desto eifersüchtiger und fanatischer wird der Eigentumsgedanke verteidigt.“¹⁴

Diese mittleren Schichten fühlten sich Klassenkampf und Parteienstreit nicht zugehörig. Dass sich das Proletariat offen dazu bekannte und damit seinen Teilhabeanspruch am sozialen und politischen Leben anmeldete, fanden sie abstoßend, weil bedrohlich. Im Kaiserreich, obwohl objektiv nur Untertanen, hatten sich diese Kreise selbstbewusst für den wertvollsten Bestandteil der Gesellschaft gehalten. Die Emanzipation der Arbeiterbewegung nahmen sie als Gefahr wahr, ihr Gefühl von Sicherheit und Zuversicht schrumpfte sowieso, erst recht als in der krisenhaften Entwicklung der Wirtschaft mit dem Verlust von Produktionsmitteln der Verlust der lang gepflegten Existenz drohte.

Ein nur kurzer Hinweis – seine Erörterung würde den Vortrag sprengen – sei hier eingeschoben, Geiger geht relativ ausführlich drauf ein: Man darf die Entwicklung innerhalb des Proletariats nicht aus dem Auge verlieren. Die sich entwickelnde Produktionsweise des tayloristischen Fordismus und auch die organisatorische Festigung – manche meinen Selbstverkrustung – der Arbeiterbewegung zeigten Folgen. Das „stählerne Gehäuse“ (Max Weber) fordistischer Produktion und bürokratischer Organisation fesselte die Kraft der Arbeiterbewegung weil, wie Eduard Bernstein vorausgesehen hatte, sich Teile dem Habitus des Mittelstandes annäherten und sich von den menschlichen „Anhängseln der Maschinen“ (Marx) entfernten. Sie waren zwar auch gefangen, aber in dieser Gefangenschaft materiell relativ abgesichert,

ganz anders noch als ihre Väter. Der sozialdemokratische Lebensentwurf des individuellen Aufstiegs durch Leistung, durch Lernen und Weiterbildung erlebte eine kurze Blüte, auch weil er durch die Sozial- und Bildungspolitik in den Kommunen gefördert wurde. In die Arbeiterklasse fraßen sich neue Widersprüche: der wachsenden Zahl fordistischer Produktionsarbeiter, schnell ersetzbar und in prekären Verhältnissen lebend, stand eine materiell relativ abgesicherte proletarische Leistungs- und Funktionselite gegenüber. Partei-, Bildungs-, Gewerkschaftsvereine und Kommunalverwaltungen bildeten einen wachsenden Apparat der Bestandssicherung, der sich von den Lebenswelten derjenigen, die sie bezahlten, entfernte.

Übrigens auch dies eine Erscheinung, die im Land Braunschweig als idealtypisch zu beobachten ist.¹⁵

Zurück zu Geiger: Zum empirisch-qualitativen Bestandteil seiner Untersuchung, also der teilnehmende Beobachtung betont er:

„Das Problem verantwortlicher Staatspolitik in Thüringen, Braunschweig usw. ist zu karg, um Schlüsse daraus zu ziehen und die Bewegung selbst könnte mit Recht Verwahrung dagegen einlegen, weil sie in kleinen Ländern, noch dazu durch Koalitionspartner gehemmt, die Linie ihrer Absichten nicht klar verfolgen könne. Es bleibt nur die Beurteilung auf Grund des Eindrucks, den der gewissenhafte Beobachter vom Stil der Bewegung, vom Verhalten ihrer Organe, von der Entwicklung ihres Anhangs gewinnt. Diese Dinge sind für die Zukunft der Bewegung übrigens auch viel wesentlicher als Programmpunkte.“¹⁶

Dies ist eine nicht zu unterschätzende Einsicht, wenn man bedenkt, das etwa die SPD ungeheure Energie darauf verwendete, das irrlichternde Programm der NSDAP zu zerpflücken – ein völlig sinnlose Tätigkeit in der täglichen Auseinandersetzung angesichts des inhaltlichen Voluntarismus' der Partei und ihrer Führungsorgane. Geiger schaut genau hin, woher der Zulauf für die NSDAP kommt. Ich erspare mir eine ausführliche Wiedergabe. Nur soviel: Dass aus den Reihen der erwerbslosen jungen Arbeiter Teile der „kasernierten Kampfgruppen der Partei“ rekrutiert würden, sieht er, doch sie wären sie keine Stütze der Bewegung. Der „Arbeitslose sucht Brot, wo er es findet, seine Handlungsweise pflegt begreiflicherweise oft mehr aus Not als durch Überzeugung bestimmt zu sein.“¹⁷ Die Arbeiterbewegung hält er für weitgehend immun. Was er herausstellt, ist die Wirkkraft der Negation: „Wichtig ist jetzt allein:

gegen den bestehenden Staat nicht für ein neues Deutschland ist er (der Zorn der Hakenkreuzler, P.S.) entflammt.“¹⁸ Oder anders formuliert:

„Mag aber die Bewegung in ihren Verlautbarungen ausrufen, mag sie selbst davon überzeugt sein, ihre Scharen seien einheitlich und positiv auf das Ideal eines künftigen starken Volksstaats gerichtet; die psychischen Motive ihres Erfolges sind ohne Zweifel weithin – besonders in den seit 1930 gewonnenen hellen Haufen – weniger in der Begeisterung für einen neuen Staat und ein irgendwie neuformiertes Volk zu finden, als in Regungen des Zorns und der Enttäuschung gegenüber dem bestehenden Staat, Regungen, die gruppenweise aus verschiedenen Quellen gespeist sind ... Die Sturzwelle der Hitlerbewegung ist – von der Jugend der Schreibstuben, Hörsäle und Schulzimmer weislich abgesehen keineswegs idealistisch, sie ist nicht einmal blutsnaturalistisch, sondern höchst wirtschaftsmaterialistisch – eben nur im negativen Sinne. Man dürfte vielleicht sagen: enttäuschte, aussichtslos- und hilflos gewordene oder ihrer selbst noch nicht sichere Materialisten fingen an, ihre eigne Verzweiflung oder Ratlosigkeit für idealistische Begeisterung zuhalten.“¹⁹ Und er fasst zusammen:

„Ein Bürgertum, das seine weltanschauliche Orientierung, Erbgut der 48er und 70er Jahre, in Interessensängsten verloren hatte, das in positiv wirtschaftsbestimmtem Sozialdenken seine Einheit nicht finden konnte, warf sich der eignen Verzweiflung in die Arme“, und damit in die der NSDAP.²⁰

Lassen sie mich resümieren: Geiger geht davon aus, dass die die sozialen Bedingungen des Lebens der Subjekte in einer klassenspezifischen Gruppe oder Schicht die Mentalitäten, also Einstellungen, Verhaltensweisen Alltagshandlungen, auch politische Präferenzen prägen. Er definiert Mentalität: „Die Mentalität ... ist geistig-seelische Disposition, ist unmittelbare Prägung des Menschen durch seine soziale Lebenswelt und die von ihr ausstrahlenden, an ihr gemachten Lebenserfahrungen. ... Mentalität ist ein Begriff der Sozial-Charakterlogie.“²¹ Aus seiner Untersuchung folgt allgemein: Statusängste, die keineswegs real sein müssen, die nicht unmittelbar mit der Höhe des Einkommens verbunden sind, die auch wenig mit Bildung zu tun haben müssen, beruhen auf einer tatsächlichen oder als Bedrohung wahrgenommenen Veränderung sozialer Verhältnisse. Veränderungen – ganz gleich ob soziostrukturelle, politische oder kulturell-habituelle– werden als Bedrohung wahrgenommen. Man wehrt man sich, indem diese in aufplusternder Selbsterhöhung negiert werden, und wendet sich

Bewegungen zu, die dieser negativen Selbsterhöhung Selbstermächtigung versprechen.

Die NS-Ideologie zog Menschen an, die einen bevorzugten Platz in einer autoritären Harmonie von Gemeinschaft suchten. Sie war attraktiv, weil sie Tatendrang verkörperte und die Chance zum Mittun bot. Im einzelnen Subjekt schlummernde Einstellungen und Mentalitäten konnten sich auf öffentlicher Bühne im Bund mit Gleichgesinnten präsentieren. Der Stammtisch kroch aus seiner verrauchten Nische.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einen der bedeutendsten Kritiker und gleichzeitig demokratischen Verteidiger von Weimar, Carl v. Ossietzky den Herausgeber der Weltbühne, zu Wort kommen lassen: Im Januar des Jahres 1933 zeichnete er zugespitzt und in einem anderen Sprachduktus als der Soziologe das Charakterbild der Anhänger und Förderer der NS-Bewegung:

„Die Hitlerpartei betont gern ihre Andersartigkeit, und sie darf in der Tat nicht mit hergebrachten Normen gemessen werden. Würde sie heute jäh in Atome zerspringen, so bliebe doch das Faktum bestehen, dass sie noch vor kurzem fünfzehn Millionen Wähler gefunden hat. Sie muss also nicht nur einem politischen Bedürfnis sondern auch einer speziellen deutschen Gemütslage entsprechen. Ihre Brutalität, Großmäuligkeit und Hirnlosigkeit haben nicht abschreckend, sondern anziehend gewirkt und bedingungslose Gefolgschaft gefunden. Das bleibt eine nicht leicht zu beseitigende Tatsache.

Die Nationalsozialistische Partei hat für fünfzehn Millionen Deutsche genau das erfüllt, was sie sich unter einer politischen Partei vorgestellt haben. Niemals ist das deutsche Bürgertum in einem Säkulum so ehrlich gegen sich gewesen wie in diesen paar Jahren nationalsozialistischen Wachstums. Da gab es nicht mehr intellektuellen Aufputz, nicht mehr geistige Ansprüche, nicht mehr akademische Fassade reicherer Jahrzehnte. Der ökonomische Zusammenbruch hat die innere Rohheit, die plumpe Geistfeindlichkeit, die harte Machtgier bürgerlicher Schichten – Eigenschaften, die sich sonst halb anonym hielten oder in private Sphäre ableiteten – offen bloß gelegt.“²²

Lassen sie mich das bisher erörterte verallgemeinern:

Bei drohender oder nur eingebildeter Gefahr materieller Verschlechterung, bei Drohung von Statusverlusten und in habitueller Überlegenheitshybris können sich die Mentalitäten ideologischer Genügsamkeit in aggressive Anspruchshandlungen gegen

die vermeintlichen Gefährder verwandeln. Gefährder werden zu Auszugrenzenden. Feindbilder werden konstruiert, in denen sich die Negation Objekte ihrer Selbstbestätigung sucht. Dass solche Feindimagination keinerlei Realitätsgehalt benötigt, kennen wir aus der NS-Geschichte, zeigt uns die Geschichte aller totalitären Bewegungen.

Ein Sprung ins Jetzt

Mit dieser Verallgemeinerung kann man in die Gegenwart gelangen. Dabei ist es natürlich nicht nur intellektuell unredlich, sondern auch analytisch falsch und politisch irre führend, quasi mittels eines Gleichheitszeichen Analogien zwischen Vergangenheit und Gegenwart herzustellen, doch sind Vergleiche, die Ähnlichkeiten und Unterschiede abwägen, nicht nur zulässig, sondern auch analytisch hilfreich.

Die soziale Mitte hat sich in der Bundesrepublik geweitet, insofern ist an dem Schelskyschen Bild der Zwiebel etwas dran. Aufstiegs- und relative Wohlstandsversprechen wurden für manchen eingelöst. Die von Geiger damals diagnostizierte latente materielle Unsicherheit bedeutender Teile der Bevölkerung bis tief in die Arbeiterschaft schien lange Zeit beseitigt. Die deutsche politische Mitte der Gegenwart ist eine andere als in den 30er Jahren, sie ist eine andere als in die 60er oder 70er Jahren, denn in ihr hat sich eine im demokratischen Gemeinwesen gefestigte Schicht von citoyens herausgebildet. Doch andere Teile in ihr, nämlich diejenigen, für die sich die Bundesrepublik vorwiegend wegen der Einlösung des Versprechens von sozialer Sicherheit legitimierte, beginnen sich zu häuten angesichts der Tatsache, dass die soziale Unsicherheit größer wird, sich die Kluft zwischen arm und reich spreizt, der persönliche Aufstieg keineswegs gesichert ist und der Abstieg droht. Das lange geltende Versprechen an die Kinder: „Ihr sollt es mal besser haben“ ist weitgehend obsolet geworden.

In der neuen alten Bundesrepublik änderte sich erst leise aber merklich das politische Verhalten eines bedeutenden Teiles der Mitte und zuerst vor allem ihres zahlenmäßig zunehmenden sozialen Randes. Man verweigerte per Wahlenthaltung die Zustimmung zum republikanischen Parlamentarismus und privatisierte, verharrte sozusagen im stillen Protest des Indifferenten. Nun artikulieren aber Teile dieser Mitte und gerade die gut situierten, eine andere Art Aufmüpfigkeit. Sie kündigen wortgewaltig und

selbsterhebend zentrale Elemente eines demokratischen und sozialen Konsens' auf. Alltagsbeobachtungen zu politischen und sozialen Absetzbewegungen, zur Radikalisierung von Sprache und ausgrenzender Tat, zur Stigmatisierung und Abwertung des Anderen aus der Welt der Mitte werden durch wissenschaftliche Untersuchungen bestätigt:

Die neuen Studien der *Friedrich-Ebert-Stiftung* und der *Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer aus Bielefeld* formulieren Zustand und Einstellungen dieser Mittelbürger: „Die Mitte in der Krise“ lautet der Titel der FES-Studie zu „rechtsextremen Einstellungen in Deutschland 2010“. Die Autoren betonen, gestützt auf ihre Erhebungen und Umfragen: „Die Bedrohung der Demokratie ist nicht von den Rändern, sondern aus der Mitte der Gesellschaft heraus zu verstehen.“ „Das Phänomen (Rechtsextremismus, P.S.) steht der Gesellschaft scheinbar gegenüber, entspringt aber aus ihrer Mitte“. ²³

Es ist also nicht so, dass, wie noch in den ersten FES-Studien²⁴ angenommen, unser Problem darin liegt, dass der Rechtsextremismus vom „Rand zur Mitte“ eindringt, sozusagen die Mitte von außen bedroht. Andersherum wird ein Schuh draus: der Rechtsextremismus macht der Mitte Angebote, die Teile von ihr gern aufgreifen möchten. Wir können diesen Vorgang in fast allen europäischen Ländern beobachten. Das Potenzial in der Mitte ist bei uns genauso vorhanden wie in Europa.²⁵ Dies ist eine steil anmutende, manches Selbstverständnis provozierende Aussage, deren Gehalt die Studie untermauert. Ich kann das hier nur anreißen.

35,6 Prozent der Deutschen sind der Meinung: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ (S.78). Davon, dass „die Ausländer nur hierher kommen, um unseren Sozialstaat auszunutzen“, sind 47,6 Prozent überzeugt (S.78). Diese Abgrenzungsstrategie zwecks Selbsteinschluss in eine vorgestellte Welt des Volksganzen manifestiert sich besonders in islamfeindlichen Aussagen: 55,4 Prozent haben allgemein Verständnis für Vorurteile gegenüber Muslimen: „Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Araber unangenehm sind“. Noch mehr (58,4%) sind persönlich der Meinung: „Für Muslime sollte in Deutschland die Religionsausübung erheblich eingeschränkt werden.“ (S.134)

Dass diese massiver werdende Ausgrenzung des Fremden mit einem bis in formulierten Rassismus reichenden Nationalchauvinismus einhergeht, ist schon in

- Formatiert: Schriftart: Nicht Fett
- Formatiert: Schriftart: Nicht Fett
- Formatiert: Schriftart: 13 pt
- Formatiert: Schriftart: Nicht Fett
- Formatiert: Schriftart: Nicht Fett
- Formatiert: Schriftart: Nicht Fett
- Formatiert: Schriftart: 13 pt
- Formatiert: Schriftart: 13 pt

vorangegangenen Untersuchungen deutlich geworden. 16,4 % meinen „eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen“ (S.80) und 27,3 Prozent halten es für „das oberste Ziel der deutschen Politik, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht“ (S.77). Logischerweise würde dies am besten unter autoritär-diktatorischen Verhältnissen erreicht werden können, weshalb 23,6 % der Deutschen der Meinung sind: „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft verkörpert.“ (S.76)²⁶

Auf eine ähnliche Studie „Deutsche Zustände. Folge 9“ aus Bielefeld gilt es ergänzend hinzuweisen. Die Forschergruppe um Wilhelm Heitmeyer stellt auf der Grundlage repräsentativer Ergebnissen fest:

„Der Anteil derjenigen, die sich durch die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen bedroht fühlt, hat von 47% in 2009 auf 53% in 2010 signifikant zugenommen, was sich auch in aggressive Stimmungen niederschlägt.“²⁷ Als Folge ermitteln die ForscherInnen: Wir verzeichnen für die Gesamtbevölkerung einen signifikanten Anstieg von Islamfeindlichkeit (die Erhebung fand noch vor der Sarrazin-Debatte statt), der Einforderung von Etabliertenvorrechten und Israel-bezogenem Antisemitismus. ... Besonders auffällig ist die Entwicklung in den höheren Einkommensgruppen. ... Hier beobachten wir, anders als in den Analysen über alle Einkommensgruppen, einen signifikanten Anstieg fast aller Vorurteile, mit Ausnahme von Sexismus und der Abwertung von Behinderten. Eine subjektiv empfundene Krisenbetroffenheit, so der Anschein, führt ins Vorurteil. Ein Trend, der sich auch im Jahr 2010 in aller Deutlichkeit fortsetzt.“²⁸

Der beiden Studien gemeinsame signifikante Untersuchungsbefund lautet: Auch wenn die allgemeine wirtschaftliche Lage als sich verschlechternd beurteilt wird, wird „der individuelle objektive Wohlstandverlust subjektiv nicht wahrgenommen“²⁹. Man *fühlt* sich selbst noch nicht betroffen, sieht sich aber *bedroht*. Gleichzeitig wird die Abgrenzung zu den sozial Schwachen und dem Anderen überhaupt allgemein schärfer gezogen. Diese Haltung zeige, dass sich sozialdarwinistische Vorstellungen der neoliberalen Ich-Unternehmerideologie weiter durchsetzten. Dabei werde das klassische (sozialdemokratische) Leistungsprinzip durch „das Prinzip des Erfolgs ersetzt“. „Das unternehmerische Selbst, aktiv produziert mit Hilfe von Regierungs- und Sozialtechnologien wie Empowerment- und Managementprogrammen,

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: 13 pt

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: 13 pt

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Kreativitäts-, Kommunikations- und Kooperationstechniken, populärer Ratgeberliteratur, Trainingsmanualen, Lehrbüchern und Erfolgsträgern, fungiert so als eine Übersetzung des politischen Programms wohlfahrtsstaatlichen Rückbaus.“³⁰

Diese Erfolgsideologie findet sich in allen Formaten gesellschaftlichen Daseins und Darstellens – bei DSDS genauso wie bei einem Power-Managerseminar der SZ, in Trainingseinheiten für Hartz-IV-Empfänger ebenso wie bei universitären Vorgaben für einen Referatvortrag eines Bacheloraspiranten.

Noch formiert sich bei uns eine Bewegung des mit Vorurteilen und Ressentiments gefüllten Ego-Mittelstandes anders als in weiten Teilen Europa nicht in Parteipolitik. Noch „will der Lodenmantel nichts mit der NPD zu tun haben“, wie Heitmeyer gegenüber der *taz* meinte, doch die Mentalitäten und Potenziale für eine rechtspopulistische Bewegung mit rechtsextremistischen Orientierungen sind gegenwärtig. Dass sie sich formiert, hängt weniger – auch wenn es sie geben muss – von irgendwelchen charismatischen Führerfiguren ab, wie auf dem Höhepunkt des Sarrazinhypes vielfach kolportiert wurde. Wohlstand- und Erfolgsgockelei sind mit den sozialen Forderungen und antikapitalistischen Einsprengseln der deutschen Neonationalsozialisten in der heutigen Form noch nicht kompatibel. Doch der Bodensatz für Gemeinsames ist bereitet: ausgrenzende, sozialdarwinistische und rassistische Feindbilder; Selbstbehauptung in Etabliertenvorrechten bzw. Hineindienen in sie, antieuropäische und antiglobale Deutschtümelei.

Einstellungen können sich zu antidemokratischen Bewegungen entwickeln, wenn ihnen nicht entgegengetreten wird.

Nehmen wir in diesem Zusammenhang den oft wohlfeil hingeworfenen Spruch „Aus der Geschichte lernen“ ernst: Das Erarbeiten historischer Erkenntnis dient der Bildung politischer Urteilskraft heute. Wenn unsere Ausstellung einen kleinen Beitrag dazu leistet, hat sie ihren Sinn erfüllt.

¹ Vgl. zu Leben und Werk vergleiche die Beiträge in: Rudolf W. Müller u. Gert Schäfer 1986: Arthur Rosenberg zwischen Alter Geschichte und Zeitgeschichte, Politik und politischer Bildung. Reihe Zur Kritik der Geschichtsschreibung Band 4, Göttingen/Zürich.

² Alfred Rosenberg 1972 (13): Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt a. Main (EVA) S. 171. Nach seinem 1928 veröffentlichten Buch *Die Entstehung der Deutschen Republik 1918-1933* erschien die *Geschichte der Deutschen Republik im Exil 1933-1945* in Karlsbad. Beide Bände wurden 1955 bzw. 1961 von Kurt Kersten neu herausgegeben.

³ Theodor Geiger 1930: Panik im Mittelstand. In: Die Arbeit. Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55, S.637-654, 641,646.

⁴ Georg Simmel 1908: Soziologie. Über die Formen der Vergesellschaftung, Frankfurt a. Main, S. 451f.

-
- ⁵ Theodor Geiger 1932: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziografischer Versuch auf statistischer Grundlage, Stuttgart. Faksimilendruck 1987 Stuttgart (Ferdinand Enke Verlag).
- ⁶ Theodor Geiger 1926: Die Masse und ihre Aktion. Ein Beitrag zur Soziologie der Revolutionen, Stuttgart. Faksimilendruck 1987 Stuttgart (Ferdinand Enke Verlag)
- ⁷ Vgl. Alfred Milatz 1965: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Heft 66, Bonn, Tab. S.90.
- ⁸ Vgl. Bernd Rother 1990: Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig 1918 bis 1933, S. 212 ff.
- ⁹ Ebenda S.225.
- ¹⁰ Martin Grubert 2009: Anwalt der Demokratie. Heinrich Jasper 1875-1945, Braunschweig Gruber, S.368.
- ¹¹ Vgl. Geiger 1932/1987 a.a.O., S.73.
- ¹² Geiger 1932/1987 a.a.O., S. 109.
- ¹³ Geiger 1932/1987 a.a.O., S. 89,88.
- ¹⁴ Ebenda S.109.
- ¹⁵ Vgl. dazu meinen Vortrag „Zu Heinrich Jaspers Politik in der Weimarer Republik 1927 bis 1933“ als pdf Jasper Vortrag ww.kliopes.de
- ¹⁶ Ebenda S. 110.
- ¹⁷ Ebenda S.111.
- ¹⁸ Ebenda S. 117.
- ¹⁹ Ebenda S. 118.
- ²⁰ Ebenda S. 121.
- ²¹ Ebenda S. 77, 78.
- ²² Carl v. Ossietzky 1933: Wintermärchen, in: Die Weltbühne, 3. Jan. 1933 Nr.1 29. Jg. S. 4. Carl v. Ossietzky war kurz vorher aus dem Kerker entlassen worden, in den ihn die Republik wegen Enthüllungen über die Reichswehr für 18 Monate eingesperrt hatte. Wenige Wochen später wurde er von den NS-Machthabern ins KZ verbracht. Er starb 1938 an den Folgen der erlittenen Haft.
- ²³ Oliver Decker, Marliese Weißmann, Johannes Kiess, Elmar Brähler 2010: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Herausgegeben von Nora Langenbacher (FES), Berlin, S.28. Vgl. dazu meine Besprechung: Die deutsche Mitte – neue Studien zum Rechtsextremismus, in Kommune 2/11 29. Jg. S. 32-33 u. 58.
- ²⁴ Vgl. dazu Peter Schyga 2007: Auch „deutsche Zustände“ haben eine Geschichte. Über die Zunahme rechtsextremistischer Weltbilder in der „Mitte“, in: Kommune 1/07, 25. Jahrgang, S. 29-31
- ²⁵ Vgl. dazu: Andreas Zick, Beate Küpper, Hinna Wolf 2010: Wie feindselig ist Europa? Ausmaße *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* in acht Ländern, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.) Deutsche Zustände Folge 9., Frankfurt a. Main, S.39-60.
- ²⁶ Vgl. dazu meine Aufsätze: Auch „deutsche Zustände“ haben eine Geschichte. Über die Zunahme rechtsextremistischer Weltbilder in der „Mitte“, in: Kommune Nr. 1/07, S.29-31 und: Rechtsextremistische Einstellungen in den Regionen. Zu aktuellen Studien über die Entwicklung des Rechtsextremismus, in: Kommune Nr. 2/09, S.63.
- ²⁷ Heitmeyer, Wilhelm 2010, Disparate Entwicklungen in Krisenzeiten, Entsolidarisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: ders. (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 9., Frankfurt a. Main, S. 13-33.
- ²⁸ Eva Groß, Daniela Krause 2011: Krisenwahrnehmungen und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen (Hrsg.) 2011: Mit der Krise leben? Europäische Konflikte, innergesellschaftliche Verwerfungen, Perspektiven. Reihe Kritische Interventionen Heft 12, Hannover (Offizin), S.27-28.
- ²⁹ O. Decker u.a. a.a.O., S.116.
- ³⁰ Eva Gross, Julia Gundlach, Wilhelm Heitmeyer 2010: Die Ökonomisierung der Gesellschaft. Ein Nährboden für Menschenfeindlichkeit in oberen Status- und Einkommensgruppen, in: Heitmeyer (Hrsg.) a.a.O., S.140. Vgl. dazu meine Besprechung: Die deutsche Mitte – neue Studien zum Rechtsextremismus, in Kommune 2/11 29. Jg. S. 32-33